

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Hebammen- Landesverbandes Rheinland-Pfalz e.V. zur Landtagswahl 2026

Für Hebammen: Sichere Perspektiven schaffen

1. Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen für Hebammen in Rheinland-Pfalz verbessern – insbesondere in der klinischen Geburtshilfe?

Die klinische Geburtshilfe steht und fällt mit den Hebammen, und gerade die Beleghebammen tragen in vielen Häusern die Versorgung. Der neue Hebammenhilfevertrag verschärft die Lage.

Als CDU Rheinland-Pfalz wollen wir uns deshalb auf Bundesebene und gegenüber den Kassen und Verbänden für Nachverhandlungen stark machen, damit Beleghebammen wieder voll vergütet werden.

Für die Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz braucht es ein ganzheitliches Konzept, das alle Versorgungszweige zuverlässig miteinander vernetzt. Nur so ist eine flächendeckende und nachhaltige Gesundheitsversorgung zukunftsfähig.

Wir wollen ein Hebammenregister einführen, aus dem ersichtlich wird, wer welche Leistungen in welchem Umfang und an welchem Ort anbietet. Einem neu zu schaffenden Landesgesundheitsamt soll auch eine Amtshebamme angegliedert sein.

Geburtshilfe ist Daseinsvorsorge. Deshalb verbessern wir die Förderung von Hebammenkreißsälen, Hebammenpraxen und Hebammenzentralen. Kreißsäle, die nachweislich unter Druck stehen, sollen eine Sicherstellungsfinanzierung erhalten.

2. Planen Sie Maßnahmen zur Förderung der Niederlassung freiberuflicher Hebammen, insbesondere im ländlichen Raum? Wenn ja, wie sehen diese Maßnahmen konkret aus?

Ja, wir wollen die bestehenden Steuerungs- und Vermittlungsinstrumente, wie Hebammenzentralen, weiter ausbauen und fördern.

Unser Ziel ist es, in jeder Region eine funktionierende Zentrale zu etablieren, die freie Kapazitäten kennt, bündelt und Unterstützung vermittelt. Zusätzlich wollen wir mit Startzuschüssen für die Praxisgründung unterversorgte Regionen absichern.

3. Wie unterstützen Sie die akademische Weiterentwicklung des Berufs, z.B. durch den Ausbau von Masterstudiengängen und die Schaffung entsprechender Stellen?

Die akademische Weiterentwicklung ist ein wichtiger Schritt. Daraus müssen sich aber konkrete Berufswege und Stellenprofile ergeben. Deshalb wollen wir Masterstudiengänge gezielt ausbauen, z. B.

- als Praxisanleiterinnen in Kreißsälen,
- für Qualitätssicherung und Leitlinien-Implementierung,
- für Forschung & Lehre.

Die Förderung für Hebammenforschung wollen wir fortsetzen. Die konsequente Weiterentwicklung beruflicher Techniken auf Grundlage empirischer Daten verbessert die Qualität der Versorgung.

Für Familien: Flächendeckende Gesundheitsversorgung gewährleisten

1. Wie stellen Sie sicher, dass geburtshilfliche Einrichtungen für alle Familien in Rheinland-Pfalz innerhalb von 30 Minuten erreichbar bleiben – auch an Wochenenden und in Notfällen?

Geburtshilfe ist Daseinsvorsorge. Medizinische Versorgung, Hilfe und Unterstützung rund um Schwangerschaft und Geburt müssen in ganz Rheinland-Pfalz flächendeckend und auch in Notfällen verfügbar sein. Räumliche Nähe ist dabei ein zentraler Maßstab.

Die Krankenhausreform muss die Geburtshilfe und geburtshilfliche Versorgung im Fokus haben und sicherstellen. Sicherstellungszuschläge sollen den Bestand von Häusern, die für die Versorgung in der Fläche unverzichtbar sind, garantieren – unabhängig von reiner Fallzahllogik.

2. Welche Strategien verfolgen Sie, um die Schließung weiterer Kreißsäle zu verhindern und bestehende Beleghebammenteams zu erhalten?

Der neue Hebammenhilfvertrag sorgt für eine wirtschaftliche Gefährdung von Beleghebammenteams – andere Länder warnen bereits vor Schließungen.

Wir wollen die stationäre Versorgung durch einen „Lebende Krankenhäuser-Fonds“ über 150 Mio. Euro, bis zum Greifen der Krankenhausreform, sicherstellen. Für uns als CDU Rheinland-Pfalz ist klar: Unsere Kliniken müssen erhalten bleiben.

Zusätzlich sollen zeitlich befristete Landesmittel im Rahmen eines Kreißsaal-Sicherungsprogrammes die Schließung von Häusern und das Wegbrechen von Teams verhindern.

3. Inwiefern fördern Sie hebammengeleitete Einrichtungen (z.B. Geburtshäuser) und Präventionsangebote (z.B. stillfreundliche Kommune) in Ihrem gesundheitspolitischen Konzept?

Für uns als CDU Rheinland-Pfalz steht die Verbesserung der Förderung von hebammengeleiteten Kreißsälen und Praxen sowie Hebammenzentralen im Mittelpunkt.

Präventionsprogramme wie die „stillfreundliche Kommune“, Elternschulen, Wochenbett-Netzwerke sowie Geburtshäuser können im Einzelfall eine Antwort auf Unterversorgung sein. Ziel muss jedoch eine umfassende stationäre Versorgung sein.

Für eine zukunftsfähige Versorgungsplanung: Verlässliche Strukturen etablieren

1. Setzen Sie sich für die Einführung von Amtshebammen zur systematischen Datenerhebung und Versorgungsplanung ein? Wenn ja, wie?

Ja, die Etablierung einer Amtshebamme stellt für uns einen wichtigen Schritt zu systematischer Datenerfassung und bedarfsgerechter Planung dar.

In diesem Zusammenhang führen wir auch ein Hebammenregister ein, welches einem neu zu schaffenden Landesgesundheitsamt (LGA) angegliedert wird und erfasst, wer welche Leistungen an welchem Ort anbietet. Regionale Versorgungsberichte helfen bei der Ermittlung von Betreuungsschlüsseln, Erreichbarkeiten und Wochenbett-Lücken. Die Vernetzung und Qualitätskoordination zwischen Klinik-, Beleg- und außerklinischen Hebammen treiben wir gezielt voran.

2. Welche innovativen Modelle zur Hebammenversorgung (z.B. Hebammen im Rettungsdienst, Hebammenzentralen) wollen Sie fördern und ausbauen?

Als CDU Rheinland-Pfalz stehen wir für die gezielte Förderung bestehender und innovativer Modelle, die die Versorgung vor Ort spürbar verbessern. Deshalb wollen wir Hebammenzentralen weiter ausbauen, um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen – unsere klare Zielmarke ist dabei eine Erreichbarkeit innerhalb von 30

Minuten. Zusätzlich wollen wir eine Tele-Hebammen-Beratung etablieren, die insbesondere in ländlichen Regionen und bei Wochenbettfragen ein ergänzendes Angebot darstellen soll.

3. Wie binden Sie die Hebammenversorgung in die allgemeine Gesundheitsplanung ein – etwa bei Gesundheitsregionen oder Primärversorgungskonzepten?

Die Hebammenversorgung ist für uns als CDU Rheinland-Pfalz ein gleichberechtigter Teil einer nachhaltigen und bedarfsgerechten Gesundheitsplanung und darf kein Sonderthema sein. Deshalb bedarf es einer flächendeckenden Versorgung mit Hebammenzentralen, die eine Vernetzung in der Region vorantreiben und forcieren können. Die Einführung einer Amtshebamme bietet die Chance, das Thema Hebammenversorgung auch landesweit in den politischen Fokus zu rücken.